

Lesch, Hagen

**Article**

## Beschäftigungswirkungen einer moderaten Lohnpolitik

IW-Trends - Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung

**Provided in Cooperation with:**

German Economic Institute (IW), Cologne

*Suggested Citation:* Lesch, Hagen (2001) : Beschäftigungswirkungen einer moderaten Lohnpolitik, IW-Trends - Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung, ISSN 1864-810X, Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln, Vol. 28, Iss. 4, pp. 39-54, <https://doi.org/10.2373/1864-810X.01-04-02>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/156809>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## ANALYSE

### BESCHÄFTIGUNGSWIRKUNGEN EINER MODERATEN LOHNPOLITIK

*Bis auf drei Jahre sind seit 1971 hierzulande die Arbeitskosten regelmäßig stärker gestiegen als die Produktivität. Der reale Verteilungsspielraum wurde somit meistens überreizt – mit entsprechend negativen Folgen für den Arbeitsmarkt. Denn empirische Untersuchungen beweisen, dass eine moderate Lohnpolitik die Beschäftigungsentwicklung positiv beeinflusst. Das gilt für Deutschland ebenso wie für die meisten anderen Industrieländer. Für die deutsche Wirtschaft belegen empirische Rechnungen: Wenn die Arbeitskosten um 1 Prozentpunkt langsamer ansteigen als die Produktivität und diese Strategie drei Jahre durchgehalten wird, ergeben sich im Lauf von fünf Jahren rechnerisch rund 380.000 neue Arbeitsplätze. Die Lohnpolitik kann also wesentlich zum Abbau der hohen Arbeitslosigkeit beitragen, wenn sie am moderaten Kurs der letzten Jahre festhält. Dieser Weg würde den Tarifparteien erleichtert, wenn die Belastung des Faktors Arbeit durch Steuern und Abgaben nachhaltig reduziert würde.*

*iw-trends*

Im Rahmen des „Bündnisses für Arbeit“ haben die Tarifparteien Anfang 2000 eine Lohnpolitik vereinbart, die den verfügbaren Verteilungsspielraum beschäftigungswirksam nutzen soll. Dieser Spielraum wird laut Bündnis für Arbeit vom Produktivitätszuwachs abgesteckt. Die Tarifrunden 2000/2001 haben sich weitgehend an diese Verabredung gehalten. Doch neuerdings stellen einige Gewerkschaften diese Lohnmoderation wieder in Frage und schlagen stattdessen vor, die hohe Arbeitslosigkeit mit kräftigen Einkommenszuwächsen zu bekämpfen.

*Hintergrund und  
Fragestellung*

Die Rolle der Lohnpolitik im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit wird von der Wissenschaft kontrovers diskutiert (Jerger/Landmann, 2001). Aus neoklassischer Sicht ist der Lohn der Preis für den Faktor Arbeit, dessen Höhe maßgeblich darüber entscheidet, wie viel Arbeit im Produktionsprozess eingesetzt wird (Kostenargument). Bei keynesianischer Argumentation hängt die Nachfrage nach Arbeitskräften primär von der effektiven

Güternachfrage ab, die einerseits durch die Kaufkraft der Löhne (Kaufkraftargument), andererseits aber vor allem durch die Geld- und Fiskalpolitik bestimmt wird. Diese Studie geht der Frage nach, ob eine moderate, am Produktivitätszuwachs orientierte Lohnpolitik positive Beschäftigungseffekte auslöst.

#### *Messansatz*

Zur empirischen Überprüfung wird ein Indikator der Lohnzurückhaltung entwickelt. Er misst die Differenz zwischen der prozentualen Veränderung von Arbeitsproduktivität einerseits und den Löhnen andererseits. Steigt die Arbeitsproduktivität rascher als die Löhne, wird die Lohnpolitik als moderat qualifiziert, der Indikator der Lohnzurückhaltung hat ein positives Vorzeichen. Übersteigt dagegen der Lohnzuwachs den Produktivitätsanstieg, liegt eine expansive Lohnpolitik vor, das Vorzeichen des Indikators wird negativ. Für die in dieser Untersuchung gestellte Frage ist allerdings nicht nur das jeweilige Vorzeichen bedeutsam, sondern auch die Entwicklung des Indikators im Zeitablauf und die Reaktion der Beschäftigung hierauf.

In dieser Untersuchung wird die Entwicklung der Produktivität des Faktors Arbeit durch den Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) je Erwerbstätigen und die Lohnentwicklung durch den Anstieg des nominalen Arbeitnehmerentgelts je Arbeitnehmer, also mit den gesamten Arbeitskosten, gemessen. Scheinbar lenkt dieser Ansatz von der Verantwortung der Tarifparteien ab, weil diese nur die Tariflöhne und tariflich vereinbarte Leistungen aushandeln. Freiwillige übertarifliche Leistungen und Lohnzusatzkosten, insbesondere die Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber, liegen außerhalb der Gestaltungskompetenz von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden. Es ist gleichwohl sinnvoll, auf die gesamten Arbeitskosten abzustellen, weil sie die Arbeitsnachfrage und damit die Beschäftigung prägen. Insofern müssen die Tarifparteien beim Aushandeln der Tariflöhne die Entwicklung der gesamten Arbeitskosten berücksichtigen.

Ganz bewusst stellt der Vergleich auf die Nominallöhne ab. Denn Lohnzurückhaltung hat nicht nur eine beschäftigungspolitische, sondern auch eine stabilitätspolitische Dimension (Fröhlich u. a., 1997, 32 f.): Lohnzuwächse, die über den realen Produktivitätsfortschritt hinausgehen, können einen lohnkosteninduzierten Preisdruck erzeugen, der mit dem Ziel der Geldwertstabilität unvereinbar ist. Vor allem Preissteigerungen infolge höherer indi-

rekter Steuern oder verteuertem Importe dürfen nicht lohnpolitisch kompensiert werden. Denn eine Umverteilung zwischen privatem und öffentlichem Sektor beziehungsweise zwischen Inland und Ausland treffen die Arbeitnehmer und Unternehmen gleichermaßen. Der Versuch, sie ein zweites Mal umzuverteilen, bürdet die Lasten einseitig den Unternehmen auf.

Allerdings definiert diese Untersuchung mit dem Nominallohnansatz die Lohnzurückhaltung anders als andere empirische Messansätze, die entweder die Entwicklung von Reallöhnen und Produktivität (Kromphardt, 1999, 87; ähnlich: Lehment, 1991, 2000; Lapp/Lehment, 1997; Jerger, 1996) oder von Nominallöhnen und Inflation (van Suntum, 1997, 33) in den Blick nehmen.

Beim Vergleich von Lohnzuwachs und Produktivitätsentwicklung müssen die Wechselwirkungen zwischen beiden Größen beachtet werden. Einerseits steckt die Produktivitätsdynamik den realen Verteilungsspielraum ab, andererseits wird der Produktivitätspfad von der Lohnentwicklung bestimmt: Je mehr lohnpolitisch bedingt die Beschäftigung sinkt, desto stärker steigt die Produktivität. Streng genommen müsste der Produktivitätstrend um diese „Entlassungsproduktivität“ bereinigt werden. Sie ist allerdings nicht exakt quantifizierbar. Der Sachverständigenrat (SVR, 1999, Tz 334) hat zwar errechnet, dass die um Entlassungseffekte bereinigte Produktivitätsdynamik im Durchschnitt der Jahre 1993/97 um 0,4 Prozentpunkte niedriger ausgefallen wäre als tatsächlich gemessen. Die konkrete tarifpolitische Praxis wurde von diesem Befund des Sachverständigenrates freilich kaum beeinflusst. Dort wird allenfalls diskutiert, „einen Teil“ des erwarteten Produktivitätsfortschritts für vermehrte Beschäftigung einzusetzen. Jedenfalls markiert die unbereinigte Produktivitätsentwicklung die absolute Obergrenze des lohnpolitischen Verteilungsspielraums.

*Komplexe  
Zusammenhänge*

Außerdem muss die vielschichtige Kausalität zwischen Beschäftigung und Lohnpolitik berücksichtigt werden:

- Einerseits prägt die Lohnpolitik die Beschäftigungsentwicklung.
- Andererseits beeinflussen auch Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes die Lohnpolitik. Denn bei hoher Arbeitslosigkeit fallen die gewerkschaftlichen Lohnforderungen im Allgemeinen geringer aus.

Zudem bestimmt die Beschäftigungsentwicklung den Produktivitätspfad und damit auch die Qualität der Lohnpolitik, also den Grad der Lohnzurückhaltung.

Tabelle 1:

### Arbeitskosten, Produktivität und Lohnzurückhaltung in der Gesamtwirtschaft\*

	Arbeitskosten <sup>1)</sup>	Produktivität <sup>2)</sup>	Lohnzurückhaltung <sup>3)</sup> (strenge Definition)	Lohnzurückhaltung <sup>4)</sup> (weiche Definition)
	(1)	(2)	(2) minus (1)	(2 plus Preissteigerung) minus (1)
	Veränderung gegen Vorjahr in Prozent		in Prozentpunkten	
1970	16,0	3,7	-12,3	-4,6
1971	11,4	2,6	-8,8	-1,1
1972	9,6	3,8	-5,8	-0,5
1973	11,9	3,6	-8,3	-1,9
1974	11,4	1,4	-10,0	-2,9
1975	7,0	1,5	-5,5	0,2
1976	7,7	5,9	-1,8	1,8
1977	6,6	2,7	-3,9	-0,2
1978	5,5	2,2	-3,3	1,0
1979	5,8	2,5	-3,3	0,5
1980	6,8	-0,6	-7,4	-2,4
1981	4,8	0,2	-4,6	-0,4
1982	4,3	0,3	-4,0	0,4
1983	3,6	3,2	-0,4	2,8
1984	3,4	2,6	-0,8	1,3
1985	2,9	1,3	-1,6	0,5
1986	3,6	0,9	-2,7	0,5
1987	3,2	0,7	-2,5	-0,6
1988	3,0	2,9	-0,1	1,4
1989	2,9	2,1	-0,8	1,6
1990	4,8	2,7	-2,1	1,1
1991	6,1	2,5	-3,6	0,3
1992	10,5	3,8	-6,7	-1,7
1993	4,1	0,3	-3,8	-0,1
1994	3,0	2,5	-0,5	2,0
1995	3,6	1,5	-2,1	-0,1
1996	1,3	1,1	-0,2	0,8
1997	0,8	1,6	0,8	1,6
1998	1,1	1,1	0,0	1,1
1999	1,1	0,5	-0,6	0,3
2000	1,2	1,5	0,3	0,1

\*Bis 1991 alte VGR und Westdeutschland; danach neue VGR und Deutschland.

1) Arbeitskosten: Arbeitnehmerentgelt (ab 1992, vorher Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit) je Arbeitnehmer.

2) Produktivität: Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 (ab 1992), vorher in Preisen von 1991 je Erwerbstätigen.

3) Lohnzurückhaltung streng: Produktivität minus nominale Arbeitskosten.

4) Lohnzurückhaltung weich: Produktivität minus reale Arbeitskosten (deflationiert mit dem BIP-Deflator).

Quelle: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

Diese Zusammenhänge müssen bei der empirischen Bestandsaufnahme im Blick gehalten werden. Tabelle 1 dokumentiert in einem ersten Schritt für die Periode 1970/2000 die Entwicklung von nominalen Arbeitskosten und der Produktivität des Faktors Arbeit sowie als Differenz zwischen diesen beiden Größen den Indikator der Lohnzurückhaltung. Da dieser Indikator auch die stabilitätspolitische Dimension berücksichtigt, wird er als streng qualifiziert. Nachrichtlich werden aber auch die realen Arbeitskosten der Produktivität gegenübergestellt. Dies liefert einen weicher definierten Indikator der Lohnzurückhaltung.

In der strengen Abgrenzung weist der Indikator der Lohnzurückhaltung nur in drei Jahren (1997, 1998 und 2000) ein positives Vorzeichen auf. Lediglich für diese Jahre kann demnach eine absolute Lohnzurückhaltung testiert werden. In allen übrigen Jahren der drei beobachteten Dekaden stiegen die nominalen Arbeitskosten hingegen stärker an als die Produktivität. Gemessen an der weicheren Definition stehen zwölf Jahre mit überreiztem Verteilungsspielraum 19 moderaten Jahren gegenüber.

*Langfristige Trends*

In der ersten Hälfte der 70er-Jahre, in den frühen 80er-Jahren und im Jahr 1992 lag der Arbeitskostenanstieg besonders deutlich über dem Produktivitätspfad. Das gilt bei strikter Betrachtung ebenso wie bei weicher. Zum Teil wird dies durch den inflationären Preisdruck erklärt, für den die Gewerkschaften einen Ausgleich verlangten. So lag in der Periode 1970/75 die gesamtwirtschaftliche Teuerung gemessen am BIP-Deflator zwischen 5,3 und 7,7 Prozent, 1980/82 zwischen 4,2 und 5,0 Prozent. Auch 1992 wurde mit einer 5,0-Prozent-Rate ein überdurchschnittlicher gesamtwirtschaftlicher Preisanstieg registriert. Für die ersten beiden Perioden liefert das Umverteilungsdenken, an dem die Gewerkschaften trotz der beiden Ölpreiskrisen festhielten, eine weitere Erklärung. Der Arbeitskostenanstieg von 1992 ist zum einen auf das Ziel zurückzuführen, die ostdeutschen Löhne trotz erheblichen Produktivitätsrückstands möglichst schnell dem Westniveau anzunähern. Allein 1992 stiegen die tariflichen Grundvergütungen in Ostdeutschland um 13 Prozentpunkte rascher als im Westen, die Bruttolöhne und Gehälter sogar um gut 14 Prozentpunkte (Grömling/Schnabel, 1998). Zum anderen konnten die Gewerkschaften im Sog des Einheitsbooms auch in Westdeutschland kräftige Tariflohnerhöhungen durchsetzen.

Phasen expansiver Lohnpolitik folgten regelmäßig Perioden geringerer Lohndynamik, so in der zweiten Hälfte der 70er-Jahre, im Zeitraum 1983/89 sowie in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre. Allerdings reichte dies nur in den späten 90er-Jahren aus, um von einer absoluten Lohnzurückhaltung zu sprechen, also den Indikator in den positiven Bereich zu bringen. In der zweiten Hälfte der 80er-Jahre und am aktuellen Rand hat die relativ hohe Geldwertstabilität die lohnpolitische Disziplin erleichtert.

*Lohnzurückhaltung  
zahlt sich aus*

Eine moderate Lohnpolitik zahlt sich mit einer positiven Beschäftigungsentwicklung aus. So kam es zwischen 1983 und 1990 zu einem lang anhaltenden Beschäftigungsaufbau, bei dem die Zahl der abhängig Beschäftigten um 3,4 Millionen angestiegen ist. Auch in der jüngeren Vergangenheit löste eine moderate Lohnpolitik positive Beschäftigungseffekte aus: Zwischen 1997 und 2000 nahm die abhängige Beschäftigung um 1,31 Millionen zu.

Schaubild 1:

### Lohnzurückhaltung und Beschäftigung Gesamtwirtschaft

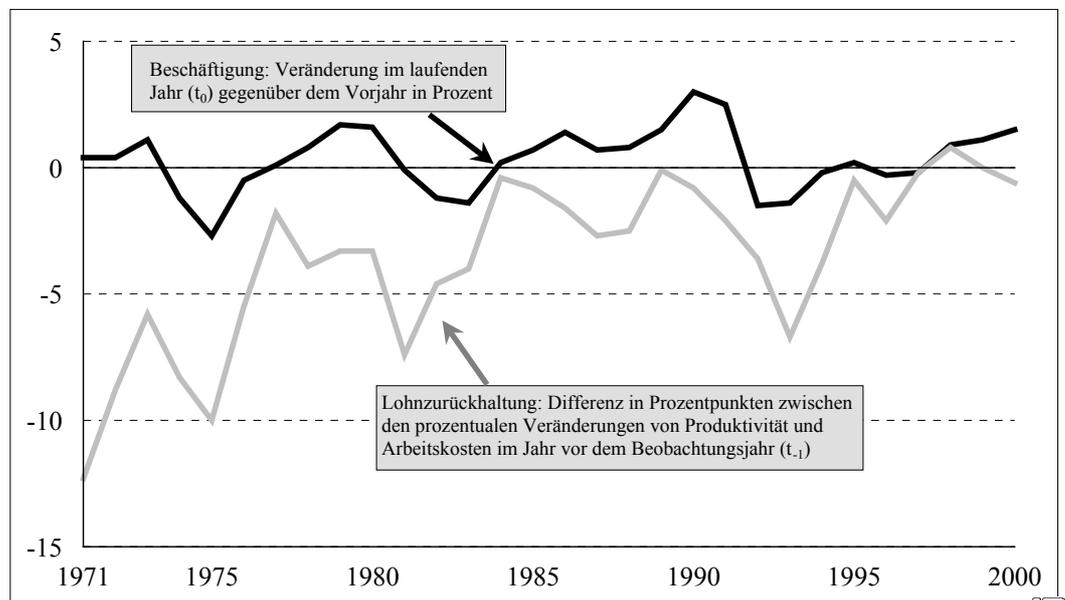


Schaubild 1 setzt den Zusammenhang zwischen Lohnverhalten und Beschäftigung grafisch um. Es stellt die Entwicklung der Erwerbstätigen im jeweiligen Beobachtungsjahr ( $t_0$ ) dem Indikator der Lohnzurückhaltung des voraufgehenden Jahres ( $t_{-1}$ ) gegenüber. Dabei wird Lohnzurückhaltung relativ definiert: Von einer zurückhaltenden Lohnpolitik wird bereits gespro-

chen, wenn das negative Vorzeichen des Indikators kleiner wird, der Lohn-  
druck also abnimmt. Umgekehrt signalisiert ein sich vergrößerndes negati-  
ves Vorzeichen einen steigenden Lohndruck. Es ist eindeutig erkennbar,  
dass sich zunehmende Lohnzurückhaltung nach ein bis zwei Jahren positiv  
auf die Erwerbstätigkeit auswirkt. Umgekehrt verschlechtert eine abneh-  
mende Lohnzurückhaltung mit zeitlicher Verzögerung die Beschäftigungs-  
performance.

Tabelle 2:

### **Lohnzurückhaltung und Beschäftigungstrends: Das Periodenbild**

<b>Phasen zunehmender Lohnzurückhaltung</b>	<b>Phasen verbesserter Beschäftigungsperformance</b>
1971/72	1972/73
1975/76	1976/79
1981/83	1984/86
1987/88	1988/90
1993/94	1994/95
1996/97	1997/2000
<b>Phasen abnehmender Lohnzurückhaltung</b>	<b>Phasen verschlechterter Beschäftigungsperformance</b>
1973/74	1974/75
1980	1981/83
1984/86	1987/88
1989/92	1991/93
1995	1996/97

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

In Tabelle 2 werden die Phasen mit zunehmender und mit abnehmender  
Lohnzurückhaltung aufgelistet und mit den dazu passenden Beschäftigungs-  
reaktionen verglichen. Beim Beschäftigungsrückgang von 1992 ist aller-  
dings zu berücksichtigen, dass er auch Ostdeutschland mit einschließt. Die  
Beschäftigungsentwicklung 1974/75 und 1981/82 ist durch Ölpreisschocks  
negativ beeinflusst worden.

Im Folgenden soll die Strenge des Zusammenhangs zwischen Lohnzurück-  
haltung und Beschäftigung für die 80er- und 90er-Jahre überprüft werden.  
Dies geschieht in einem ersten Schritt mit Hilfe eines Streudiagramms, wo-

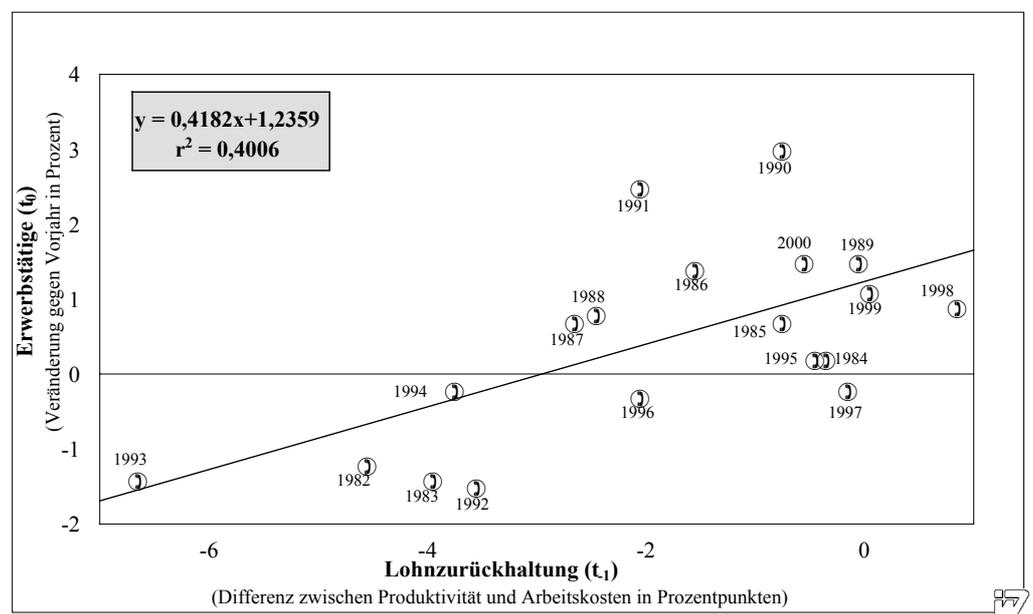
*Strenge des  
Zusammenhangs*

bei mit einer zeitlichen Wirkungsverzögerung von einem Jahr gearbeitet wird (Schaubild 2). Die Trendlinie, die durch die Punktwolke führt, weist eine positive Steigung auf. Der Steigungsparameter hat den Wert von 0,42. Das heißt: Nimmt die Lohnzurückhaltung im Beobachtungsjahr um 1 Prozentpunkt zu, steigt die Beschäftigung im folgenden Jahr um gut 0,4 Prozent an.

Schaubild 2:

## Lohnzurückhaltung und Beschäftigung 1981/2000

Gesamtwirtschaft



Quelle: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

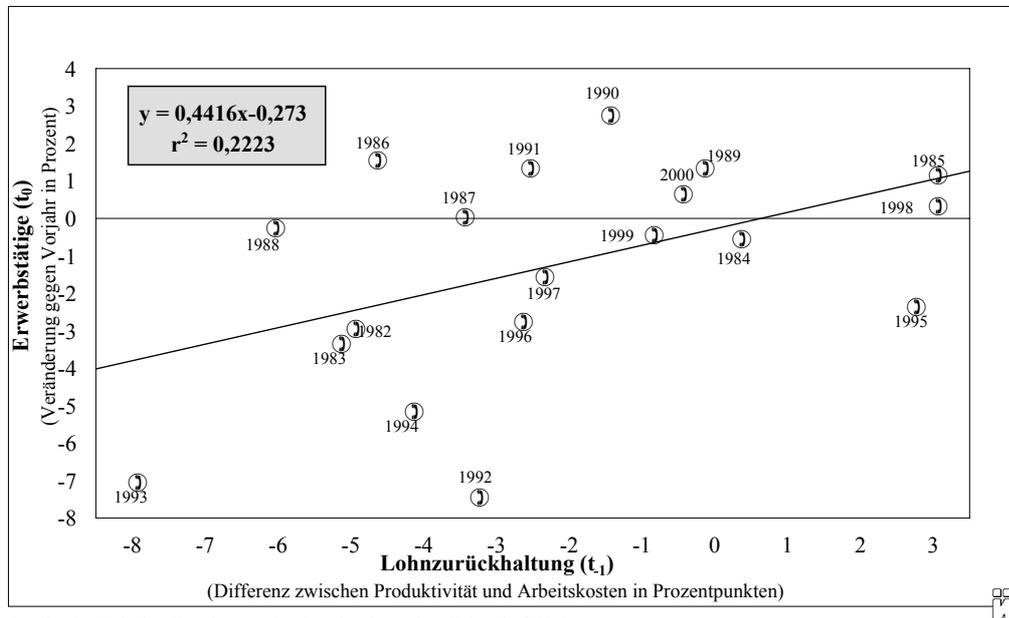
### Differenziertes Branchenbild

Bei einer Differenzierung nach Wirtschaftszweigen wird der Einfluss der Lohnpolitik auf die Beschäftigung von strukturellen und konjunkturellen Faktoren überlagert. Für das Verarbeitende Gewerbe ergibt sich zwar auch eine Trendlinie mit positiver Steigung, und der Steigungsparameter nimmt mit 0,44 eine mit der Gesamtwirtschaft vergleichbare Größenordnung an. Doch die Punktwolke streut wesentlich stärker um die Trendlinie als bei dem gesamtwirtschaftlichen Test (Schaubild 3). Besonders auffällig sind die beiden Ausreißerjahre 1992 und 1993. Sie erklären sich zum einen mit der 1992 einsetzenden Rezession und zum anderen mit dem Beschäftigungsüberhang in der ostdeutschen Industrie. Allein in der ostdeutschen Metallindustrie fiel 1992/93 mit rund 471.000 Arbeitsplätzen mehr als die Hälfte der Beschäftigung von 1991 dem Strukturwandel zum Opfer.

Schaubild 3:

## Lohnzurückhaltung und Beschäftigung 1981/2000

### Verarbeitendes Gewerbe



Quelle: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

Ein einleuchtendes Beispiel für strukturelle und konjunkturelle Einflüsse liefert die Bauwirtschaft. Sie ist in besonderer Weise von der öffentlichen und staatlich geförderten Bautätigkeit abhängig. Deshalb überlagern budgetabhängige und strukturelle Faktoren den Einfluss der Arbeitskosten auf die Beschäftigung. Da die Bauwirtschaft den Bezug von Vorleistungen zu Lasten der eigenen Wertschöpfung ausgeweitet hat (Grömling, 2001, 48), ist sie als Absatzbranche für andere Wirtschaftszweige bedeutsamer geworden. Damit geraten auch diese in den Sog der öffentlichen und staatlich geförderten Baunachfrage. So gingen im besonders bauabhängigen Handwerk im vergangenen Jahr rund 180.000 Arbeitsplätze verloren, für 2001 wird ein weiterer Abbau von 120.000 Arbeitsplätzen erwartet.

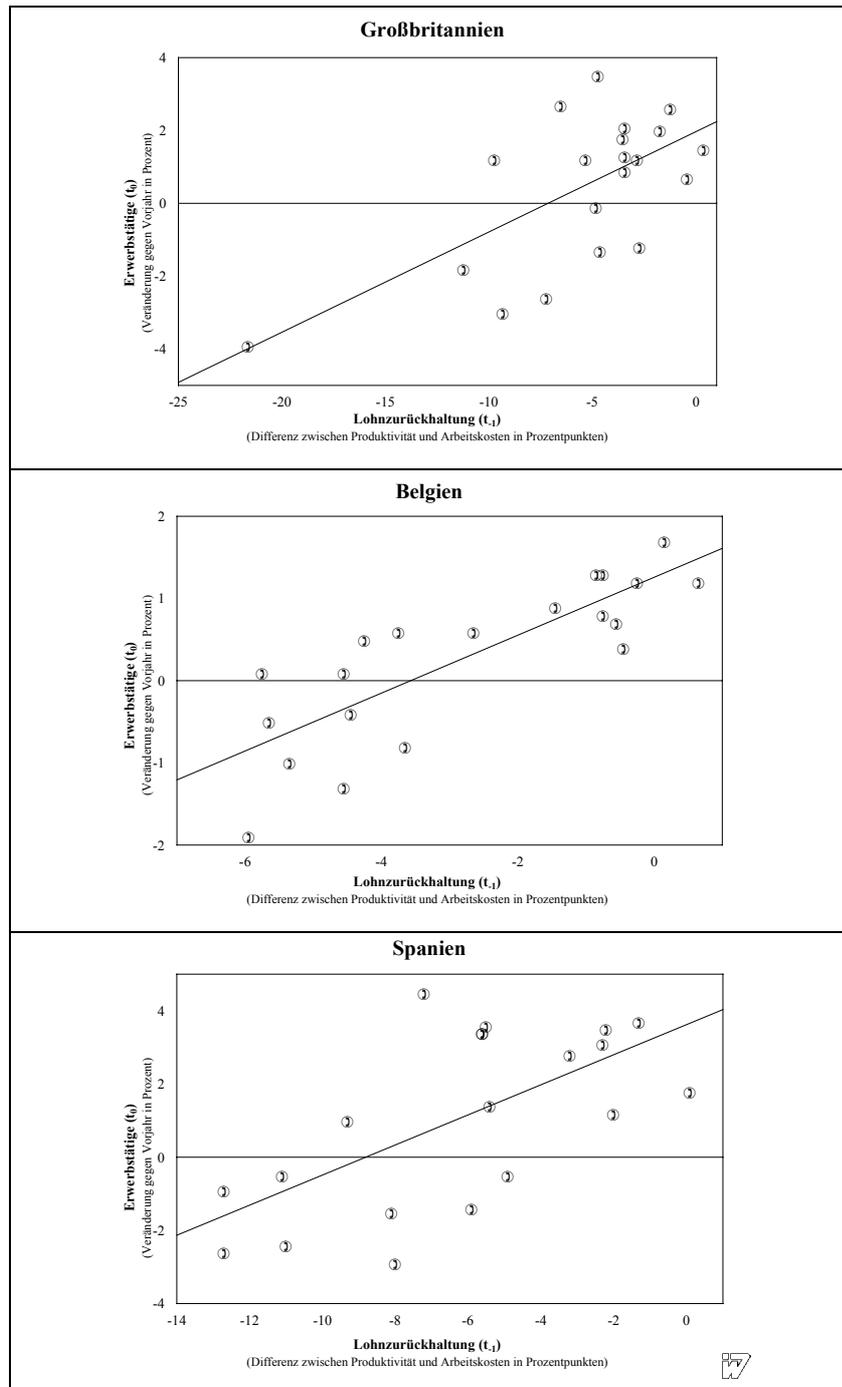
Ein internationaler Vergleich bestätigt für die 80er- und 90er-Jahre den Befund positiver Beschäftigungseffekte einer moderaten Lohnpolitik. In sieben von zehn untersuchten Industrieländern folgte einer moderateren Lohnpolitik nach einem Jahr eine verbesserte Beschäftigungsperformance. Zu dieser Ländergruppe gehören neben Deutschland die USA, Großbritannien, Frankreich, Spanien, die Niederlande und Belgien. Besonders deutlich ist dieser Zusammenhang in Großbritannien, Belgien und Spanien (Schaubild 4). In diesen Ländern erhöhte eine Lohnzurückhaltung von 1 Prozentpunkt die Be-

*Internationaler  
Vergleich*

schäftigung im folgenden Jahr zwischen knapp 0,3 Prozent (Großbritannien) und gut 0,4 Prozent (Spanien).

Schaubild 4:

**Lohnzurückhaltung und Beschäftigung 1981/2000  
in der Gesamtwirtschaft**



Quelle: Europäische Kommission; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

Für Japan, Italien und Schweden ist hingegen der Zusammenhang zwischen Lohnzurückhaltung und Beschäftigung nicht nachweisbar, möglicherweise

weil die lohnpolitischen Effekte von konjunkturellen und strukturellen Einflüssen überlagert werden. So wurden in Schweden während der 80er-Jahre Arbeitsplatzverluste im privaten Sektor durch vermehrte öffentliche Beschäftigung kompensiert. Die negativen Beschäftigungswirkungen überzogener Lohnabschlüsse konnten sich demnach in der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigtenstatistik nicht niederschlagen. Japan steckt seit Beginn der 90er-Jahre in einer hartnäckigen Strukturkrise, in der weder eine moderate Lohnpolitik noch eine expansive Geld- und Fiskalpolitik nachhaltige Wachstums- und Beschäftigungsimpulse auslösen konnten. Im Umkehrschluss darf aus der fallweise beobachteten „Neutralität der Lohnpolitik“ natürlich auch nicht geschlossen werden, dass eine expansive Lohnpolitik beschäftigungsfördernd wirkt. Denn auch dafür liefert der internationale Vergleich keinen empirischen Beleg.

Abschließend sollen die bisherigen Befunde auf gesamtwirtschaftlicher Ebene mit Hilfe einer Regressionsrechnung erhärtet werden. Die Gleichung

*Regressionstest*

$$\Delta N(t) = -0,587c - 0,106LZ(t) + 0,140LZ(t-1) + 0,313LZ(t-2) + 0,396\Delta Y(t) - 2,43DUM92$$

(-2,805)\*\*    (-1,221)    (1,485)\*    (3,689)\*\*    (5,833)\*\*    (-3,421)\*\*

$R^2 = 0,76$ ; t-Statistik in Klammern; \*/\*\*=signifikant bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 10/1 Prozent

erklärt die prozentuale Veränderung der Beschäftigung im jeweiligen Beobachtungsjahr ( $\Delta N(t)$ ) mit der Lohnzurückhaltung ( $LZ$ ) im gleichen und den beiden voraufgehenden Jahren ( $t-1$  und  $t-2$ ). Außerdem wird der prozentuale Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Güternachfrage ( $\Delta Y(t)$ ) im jeweiligen Beobachtungsjahr als erklärende Variable herangezogen. Schließlich wurde eine Dummy-Variable für das Jahr 1992 ( $DUM92$ ) aufgenommen, die den Übergang von der westdeutschen auf die gesamtdeutsche Betrachtung auffangen soll.

Um einen Vergleich mit anderen empirischen Untersuchungen zu ermöglichen, wurde bei diesem Messansatz die Lohnzurückhaltung in der weicheren Abgrenzung, also über die realen Arbeitskosten, definiert (vgl. Tabelle 1). Damit wird auch die Tatsache berücksichtigt, dass sich die Nominallöhne bis Mitte der 90er-Jahre nicht allein an der Produktivität, sondern auch an den Inflationsraten orientierten. Der beobachtete Zeitraum umfasst die Jahre 1970 bis 2000.

Die Regression untermauert den in Schaubild 2 grafisch abgeleiteten Zusammenhang zwischen Lohnpolitik und Beschäftigungsentwicklung.

Schon nach einem Jahr wird laut Regressionsgleichung der anfänglich leicht negative Beschäftigungseffekt überkompensiert. Dass sich kein unmittelbar positiver Effekt ergibt, dürfte mit den starken Arbeitsmarktregulierungen in Deutschland zusammenhängen. Diese führen zu verzögerten Anpassungsreaktionen bei der Beschäftigung. Diese Vermutung wird dadurch bestätigt, dass die statistische Signifikanz der Lohnzurückhaltung im Zeitablauf ansteigt. Anders als der Befund des Schaubilds 2 werden in der Regressionsrechnung die positiven Beschäftigungswirkungen einer moderaten Lohnpolitik allerdings erst im Laufe von drei Jahren voll sichtbar.

*Rechnerische  
Arbeitsplatzeffekte*

Die Addition der Koeffizienten in der Regressionsgleichung kommt zu folgenden Ergebnissen:

- Eine einmalige Lohnzurückhaltung um 1 Prozentpunkt führt im Lauf von drei Jahren zu einem Beschäftigungszuwachs von insgesamt 0,35 Prozent. Bei 38 Millionen Erwerbstätigen entspricht das gut 130.000 Arbeitsplätzen.
- Wird diese Lohnzurückhaltung drei Jahre durchgehalten, kommt es im Lauf von vier Jahren zu einem Beschäftigungsgewinn von 0,73 Prozent (270.000 Arbeitsplätze) und nach fünf Jahren von 1 Prozent (380.000 Arbeitsplätze).

Diese grobe Schätzung markiert eine Untergrenze. Denn ein Teil der Lohn-effekte wirkt sich nicht direkt, sondern über ein steigendes BIP-Wachstum indirekt auf die Beschäftigung aus. So steigern beispielsweise robustere Ertragserwartungen die Investitionsbereitschaft der Unternehmen. Eine nachhaltige Lohnzurückhaltung entlastet demnach den Arbeitsmarkt erheblich.

Zu ähnlichen Befunden kommen andere, in der Übersicht aufgelistete empirische Untersuchungen. Nach Simulationen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung entstehen rund 300.000 neue Jobs, wenn die Lohnzuwächse drei Jahre lang um 1 Prozentpunkt hinter dem modellendogenen Produktivitätsanstieg zurückbleiben. Nach fünf Jahren moderater Lohnpolitik sind sogar 900.000 neue Jobs möglich (Klauder/Schnur/Zika, 1996).

Übersicht:

<b>Ökonometrische Tests des Zusammenhangs zwischen Löhnen und Beschäftigung in Westdeutschland</b>		
<b>Studie</b>	<b>Methode und Datenquelle</b>	<b>Ergebnisse</b>
Lehment, 1991	Regression; Gesamtwirtschaft; Untersuchungszeitraum: 1973/90	Bleiben die Nominallöhne um 1 Prozentpunkt hinter der Produktivität (gemessen am nominalen Volkseinkommen) zurück, erhöht sich die Zahl der Arbeitsplätze innerhalb von drei Jahren um 1 Prozent.
FritzRoy/Funke, 1994	Regression; 32 Industrien; Untersuchungszeitraum: 1979/90	Negativer Zusammenhang zwischen Reallöhnen und Beschäftigung (Arbeiter); steigen die Reallöhne um 1 Prozent, sinkt die Beschäftigung um 0,33 Prozent.
Möller, 1996	Regression; Gesamtwirtschaft; Untersuchungszeitraum: 1960/94	Eine Realloohnerhöhung von 1 Prozent reduziert das Arbeitsvolumen kurzfristig um 0,4 und langfristig um 0,66 Prozent.
Klauder/Schnur/Zika, 1996	Simulation; Gesamtwirtschaft; Verschiedene Projektionen	Bleiben die Lohnerhöhungen 3 bzw. 5 Jahre lang um 1 Prozentpunkt unter der modellendogenen Produktivitätsrate, steigt die Beschäftigung um 300.000 bzw. 900.000 Personen an.
Jerger, 1996	Regression; Westdeutschland; Untersuchungszeitraum: 1960/93	Wachsen die Nominallöhne um 1 Prozentpunkt langsamer als das nominale Volkseinkommen, steigt die Beschäftigung in den drei folgenden Jahren um fast 1 Prozent (wobei die Effekte vor allem im ersten und zweiten Jahr auftreten).
Lapp/Lehment, 1997	Regression; Gesamtwirtschaft; Untersuchungszeitraum: 1971/94	Bleiben die Nominallöhne um 1 Prozentpunkt hinter der Produktivität (gemessen am nominalen Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten) zurück, steigt die Beschäftigung in den drei folgenden Jahren um 1 Prozent; die Anlageinvestitionen nehmen im laufenden und im folgenden Jahr um 2,5 Prozent zu.
Lehment, 2000	Regression; Gesamtwirtschaft; Untersuchungszeitraum: 1969/99	Die Lohnzurückhaltung hat einen signifikanten, zeitlich verzögerten Effekt auf die Zuwachsrate der Erwerbstätigenzahl; bleiben die Nominallöhne um 1 Prozentpunkt hinter der Produktivität (gemessen am nominalen Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten) zurück, steigt die Zahl der Erwerbstätigen in den drei folgenden Jahren um 1 Prozent.
Deutsche Bundesbank, 2001	Simulation; Unternehmenssektor; Untersuchungszeitraum: 1970/95 (Westdeutschland), 1991/99 (Deutschland)	Unterscheidung zwischen kurz- und langfristigen Effekten: a) Kurzfristig lässt sich die funktionale Einkommensverteilung durch eine expansive Reallohnpolitik zu Gunsten des Faktors Arbeit beeinflussen. b) Langfristig kehrt sich diese Entwicklung wieder um, und es entstehen negative Beschäftigungseffekte: anhaltender Lohndruck hat den Faktor Arbeit zwischen 1970 und 1995 im Vergleich zum Faktor Kapital verteuert; dadurch wurde eine Kapitalverknappung induziert, die sich negativ auf die Beschäftigung ausgewirkt hat.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

Auch bei diesem Messansatz wird die Beschäftigungsdynamik zwar kurzfristig gebremst, aber schon ab dem zweiten Jahr stellen sich positive Beschäftigungseffekte ein. Denn durch sinkende Lohnstückkosten kommt es zu einer zu weniger Rationalisierungen, mit denen Arbeit durch Kapital ersetzt wird (Substitutionseffekt), zum anderen zu niedrigeren Preisen und Zinsen, die den realen Absatz und schließlich die Erweiterungsinvestitionen anregen (Skaleneffekt).

Auch Lehment (1991, 2000), Jerger (1996) und Lapp/Lehment (1997) kommen in ihren Untersuchungen zu einem statistisch signifikanten, zeitlich gestreckten Einfluss einer Lohnzurückhaltung auf die Zahl der Arbeitsplätze. Nach diesen Schätzungen steigert eine Lohnzurückhaltung um 1 Prozentpunkt die Beschäftigung innerhalb von drei Jahren um etwa 1 Prozent. Dabei wird Lohnzurückhaltung nicht als Zurückbleiben des Lohnanstiegs hinter dem Produktivitätszuwachs definiert, sondern als Differenz zwischen dem Anstieg der Arbeitskosten je Beschäftigten und der verteilbaren gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung. Sie wird von Lehment (1991) und Jerger (1996) mit Hilfe des nominalen Volkseinkommens und von Lapp/Lehment (1997) sowie von Lehment (2000) mittels nominalem Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten (NIP) gemessen. Diese Betrachtungsweise wird vor allem damit begründet, dass die Zuwachsraten von NIP und Volkseinkommen anders als die Produktivität weitgehend unabhängig vom Ausmaß des Lohnanstiegs seien und sich deshalb in empirischen Tests besser bewährten (Lehment 1993, 309). Zu dieser Methodik wird allerdings kritisch angemerkt, dass eine Summengröße (NIP bzw. Volkseinkommen) zu einer Pro-Kopf-Größe (Arbeitskosten) in Beziehung gesetzt wird (Kromphardt, 1999, 87).

Andere ökonometrische Schätzungen ermitteln die Beschäftigungswirkungen einer moderaten Lohnpolitik über den Zusammenhang zwischen Reallohn und Beschäftigung. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass kurzfristig eine Realloohnerhöhung von 1 Prozent das Arbeitsvolumen um bis zu 0,4 Prozent senkt (FritzRoy/Funke, 1994, 266; Möller, 1996, 21). Langfristig sind die negativen Auswirkungen auf die Beschäftigung noch größer.

Vor dem Hintergrund der hierzulande anhaltend hohen Arbeitslosigkeit sprechen alle diese empirischen Befunde dafür, die moderate Lohnpolitik in

den nächsten Jahren fortzuführen. Die nominalen Tariflohnerhöhungen sollten sich am Produktivitätsfortschritt orientieren, um auf diese Weise Raum für vermehrte Beschäftigung zu schaffen. Der Staat muss dies durch ein Senken der Lohnzusatzkosten begleiten. Denn je mehr der Steuer- und Abgabenkeil zwischen Nettolöhnen und Arbeitskosten verkleinert wird, desto leichter fällt den Tarifparteien eine beschäftigungsorientierte Tariflohnpolitik. Das Bündnis für Arbeit bietet sich als Forum an, um dies politisch umzusetzen.

Oktober 2001

Hagen Lesch

---

Literatur:

- Deutsche Bundesbank, 2001, Faktorpreise, Beschäftigung und Kapitalstock in Deutschland: Ergebnisse einer Simulationsstudie, Monatsbericht Juli, S. 51 - 64.
- FritzRoy, Felix und Michael Funke, 1994, Real Wages, Investment and Employment: New Evidence from West German Sectoral Data, in: Weltwirtschaftliches Archiv, 130. Jg., S. 258 - 272.
- Fröhlich, Hans Peter u. a., 1997, Lohnpolitik in der Europäischen Währungsunion, Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.), Nr. 234.
- Grömling, Michael, 2001, Die deutsche Bauwirtschaft im sektoralen Strukturwandel, Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.), Nr. 266.
- Grömling, Michael und Claus Schnabel, 1998, Angleichung ostdeutscher Einkommen an Westniveaus, in: iw-trends, 25. Jg., Heft 3, S. 52 - 66.
- Jerger, Jürgen, 1996, Leitlinien für eine beschäftigungsorientierte Nominallohnpolitik, in: Bernhard Külp (Hrsg.), Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Freiburg, S. 123 - 152.
- Jerger, Jürgen und Oliver Landmann, 2001, Lohnhöhe, Güternachfrage und Beschäftigung, in: Wirtschaftswissenschaftliches Studium, Heft 3, S. 143 - 149.
- Klauder, Wolfgang, Schnur, Peter und Gerd Zika, 1996, Wege zu mehr Beschäftigung – Simulationsrechnungen bis zum Jahr 2005 am Beispiel Westdeutschland, in: IAB Werkstattbericht, Nr. 5, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg.
- Kromphardt, Jürgen, 1999, Lohnsenkungswettbewerb in der EWU – Deflationsgefahr oder Beschäftigungsimpuls?, in: Wirtschaftsdienst, 79. Jg., Heft 2, S. 85 - 89.
- Lapp, Susanne und Harmen Lehment, 1997, Lohnzurückhaltung und Beschäftigung in Deutschland und in den Vereinigten Staaten, in: Die Weltwirtschaft, Heft 1/1997, S. 67 - 83.

- Lehment, Harmen, 1991, Lohnzurückhaltung, Arbeitszeitverkürzung und Beschäftigung: Eine empirische Untersuchung für die Bundesrepublik Deutschland 1973-1990, in: Die Weltwirtschaft, Heft 2, S. 72 - 85.
- Lehment, Harmen, 1993, Bedingungen für einen kräftigen Beschäftigungsanstieg in der Bundesrepublik Deutschland, in: Die Weltwirtschaft, Heft 3, S. 302 - 310.
- Lehment, Harmen, 2000, Produktivitätsorientierte Lohnpolitik im Auslegungstreit, in: Die Weltwirtschaft, Heft 3, S. 317 - 329.
- Möller, Joachim, 1996, Lohnhöhe und Beschäftigungsvolumen – Eine makroökonomische Betrachtung, in: Robert Holzmann (Hrsg.), Löhne und Beschäftigung: Konzeptionelle und empirische Untersuchungen für die BRD, Baden-Baden, S. 17 - 42.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR), 1999, Wirtschaftspolitik unter Reformdruck, Jahresgutachten 1999/2000, Stuttgart.
- van Suntum, Ulrich, 1997, Löhne, Wechselkurse und Beschäftigung: Zur Aussagekraft von Lohnstückkosten und realen Wechselkursen als Beurteilungsmaßstab für die nationale Lohnpolitik, in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 46. Jg., Heft 1, S. 23 - 50.

\*\*\*

## **Employment Effects of a Wage Moderation Policy**

*iw-focus*

Since 1971, wage agreements in Germany have regularly overstretched the distribution margin so that labour costs have grown faster than labour productivity. Research proves that this generally has negative effects on the labour market. For Germany a regression analysis shows that if the growth rate of labour costs remains one percentage point below that of labour productivity over three years, employment will increase by one per cent over five years. This would presently translate into more than 380,000 new jobs. The study, therefore, recommends that the social partners should continue the moderate wage policy pursued over the last two years and that the federal government should support this course by lowering the tax and social security burden.